

# DAS ARGUMENT

307

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE  
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN



**Spinoza und ›wir‹**

304 22714:432 Jd 300

Gastherausgeber: Werner Goldschmidt, Wulf D. Hund  
Redaktion dieser Ausgabe: Ilse Schütte (Koordination), Werner Goldschmidt,  
Wolfgang Fritz Haug, Wulf D. Hund, Vesa Oittinen, Jan Rehmann

Volker Braun <i>DÄMON</i> .....	153
Editorial .....	154
<i>Werner Mittenzwei 1927–2014</i> (Manfred Naumann) .....	158
Christoph Hein <i>Stefan Heym</i> .....	161
Sigrid Asamoah <i>Der Reichtum der Nationen</i> .....	167

## Aktuelle Analysen

Norman Paech <i>Der permanente Krieg</i> .....	169
---	-----

Wolf-Dieter Narr <i>Die Hybris des europäischen Gernegroß und ihre Kosten</i> .....	174
--	-----

Boris Kagarlitzki <i>Vom Maidan zur Revolution?</i> .....	181
--	-----

Luz Gómez García <i>Gleichheit und Geschlecht. Die arabische Frau erneuert ihre Militanz</i> .....	185
---	-----

## Spinoza und ›wir‹

Wulf D. Hund <i>Ein schwarzer, aussätziger Brasilianer. Marginalie zu einem Traum von Baruch Spinoza</i> .....	197
---	-----

Fortsetzung auf S. II

Gesamtkoordination: Sissy Müller  
argument@inkrit.org · Tel. 040 55435506  
Alter Postweg 87 · 21075 Hamburg

Argument Verlag · verlag@argument.de  
Glashüttenstr. 28 · D-20357 Hamburg  
Tel. 040 401800-16 · Fax -20

Einzelbestellung & Abonnement  
versand-argument@t-online.de  
Tel. 030 611-3983 · Fax -4270

Buchhandelsauslieferungen: Deutschland  
Prolit · n.kallweit@prolit.de  
Tel. 0641 943-9324 · Fax -9389

Österreich  
Hain · bestell@hain.at  
Tel. +43 (0)1282-6565 · Fax -5282

Schweiz  
Scheidegger · scheidegger@ava.ch  
Tel. +41 (0)44 762-4250 · Fax -4210



Wolf-Dieter Narr

## Die Hybris des europäischen Gernegroß und ihre Kosten

Nicht von ungefähr kommt es, dass Wolfgang Streecks Buch<sup>1</sup> in kurzen Abständen vier Auflagen erzielt hat. Das liegt am Thema, bei dem niemand, der informiert ist und demokratisch verantwortlich denkt, wie ein anderer Hutten rufen könnte: Die in der EU versammelten Demokratien blühen. Es ist eine Lust, politisch nachdenklich aktiv zu sein. Man denke nur an die vor allem Jugendliche treffende Arbeits- und Perspektivlosigkeit besonders in südeuropäischen oder US-amerikanischen Landen. Oder werde täglich in schier ohnmächtigem Zorn des anderen europäischen Hauptorts Lampedusa im Meer der Mitte inne, gedenke zugleich der EU-europäischen Institution mit dem klangvollen Namen FRONTEX. Dazu streife man all die dicken, rassistisch und (neo-)kolonial gezwirnten Vorurteilsfäden ab. Sie machen es nötig, die »Verdammten« vor allem der afrikanischen Erde, gegebenenfalls ersäufend, zu exkludieren. Ein Hoch auf die »Wertegemeinschaft« europäischer Staaten und ihren perversen Freiheiten von Kapital, Arbeit, Warenmobilität und Personenflexibilität als Grundrechte! Die europäischen Kapitalherrschaften haben ihre mörderische Zivilisation mit den Löffeln gefressen.

Dass sich Streecks Buch fürs erste so trefflich zu verkaufen scheint, spricht auch und vor allem für seinen Autor. Es ist gut und pointiert geschrieben. Es zu verstehen, verlangt freilich erhebliche Vorkenntnisse und eigene, mitdenkende Anstrengungen. Vor allem vermeidet Streeck jeden »Goodspeak«, Orwells euphemistischer Ausdruck für die Wirklichkeit verzerrende politökonomische Sprache im Anhang zu 1984. Längst hat ein EU-Goodspeak die kapitalherrschaftlich fast restlos eingemeindeten Sozialwissenschaften übernommen, von den anderen Fakultäten nicht zu reden: »good governance«, »best practice«, »Zielvereinbarung«, »nachhaltig« und viele andere Täuschungsformeln mehr. Die wissenschaftlichen Prätendenten haben den notwendigen Verstand und seinen Abstand zum globalen Interessengefümmel exzellent preisgegeben – fürs analytisch tödliche »Drittmittel-Fett«.

Ganz anders Wolfgang Streeck. Der ist kein Drumherumschwätzer! Darum will ich in dieser begrenzten Besprechung folgendermaßen verfahren. Ich werde zunächst, entlang der ersten fünfzig Seiten, das beschreiben, was man seine »Argumentationsbasis« nennen könnte. Ich werde den Zwischenteil überspringen und kurz vorm Schluss wieder einsetzen. An den Versuch, Streecks Linie der Argumentation nachzuziehen, schließt ein Eimer ausgeschütteten kritischen Gerölls. Die unordentlichen Brocken werden nicht mehr geordnet und kommentiert. Zugleich folge ich Streecks Liebe zur äußerlich bleibenden arabischen Ziffernfolge.

1. Die »Einleitung« steckt den Rahmen ab. Erklärungsbedürftig, aber unerklärt bleibt durchgehend sein Hauptbegriff »Krise« (der neuerdings modisch gewordene Ausdruck »Mehrfachkrise« ist ohnehin eine Wichtigtuerei). Streeck hebt an mit

1 *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Suhrkamp, Berlin 2013.

»Krisentheorie«. Er fasst die westlichen, kapitalistischen Länder mit ihrer imperialen Spitzenmacht, den USA, im Sinne *eines* Musters zusammen. Der heterogene, wenngleich globalkapitalistisch homonome »Rest der Welt« wird ausgespart. Von den staatspezifischen Unterschieden etwa Westdeutschlands und seiner kapitalistisch-gesellschaftlichen Restauration und den USA als reichem Siegerland nach 1945 nicht eigens zu reden. Die Titelformel »kaufen von Zeit mit Hilfe von Geld«, englisch »buying time«, bezeichnet den roten Faden, an Hand dessen Streeck ariadnegleich durchs Labyrinth der Gegenwart und ihrer vermittelten Vergangenheit der 60er und 70er Jahre führt: »Durch Nutzung des Geldes [...] zur Entschärfung potenziell destabilisierender sozialer Konflikte, zunächst mittels Inflation, dann durch Staatsverschuldung, dann durch Expansion der privaten Kapitalmärkte und schließlich – heute – durch Ankauf von Staats- und Bankschulden durch die Zentralbanken« (15), kurzum einer »Finanzialisierung« kapitalistischer Entwicklung. Damit ist die These verbunden: »Niemand kann nach dem, was seit 2008 geschehen ist, Politik und politische Institutionen verstehen, ohne sie in enge Beziehung zu den Märkten und wirtschaftlichen Interessen sowie den aus ihnen erwachsenden Klassenstrukturen und Konflikten zu setzen.« (17) Daran schließt sich im kapitalverdummt Westen und der in dieser Hinsicht noch »dümmere« BRD das selbstverständliche Quasibekenntnis: »Ich bin jedenfalls davon überzeugt, dass man die aktuelle Entwicklung der modernen Gegenwartsgesellschaften ohne den Gebrauch bestimmter auf Marx zurückgehender Schlüsselbegriffe nicht auch nur annähernd verstehen kann« (17f).

2. Die Entwicklung »zur (heutigen) Fiskalkrise« signalisiere eine Verlagerung von der Politik zum Markt, theoretisch akzentuiert von Keynes oder Hayek, sprich von politischer Intervention ins Marktgeschehen zu einem Markt pur mit staatlichem Grenzwächter. »Die Sicherung einer Massenbasis für den modernen Kapitalismus« verschiebe sich von der »Legitimation des Systems bei den demokratisch ermächtigten Bevölkerungen« hin zu einer »Liberalisierung der politischen Ökonomie und (der) Immunisierung der Wirtschaftspolitik gegen demokratischen Druck von unten«. Der »Markt [erweise sich] als Mechanismus der Erzeugung der kapitalistischen Grundmotive von *greed and fear*« (27). Deswegen befänden wir uns in einem Systemwechsel. Ein solcher hängt davon ab, welche Systembedingungen und hauptsächlich Elemente man annimmt. Wir beobachten jedoch eine nicht beiläufige Akzentverschiebung, ja eine Differenz ums Ganze. »Sicher bin ich mir, dass es sich heute [...] um eine *Spätzeit der Demokratie* insofern handelt, als die Demokratie, die wir kennen, auf dem Weg ist, als redistributive Massendemokratie sterilisiert und auf eine Kombination von Rechtsstaat und öffentlicher Unterhaltung reduziert zu werden. Dieser Prozess der *Entdemokratisierung des Kapitalismus* vermittelt *Entökonomisierung der Demokratie* ist [...] seit der Krise von 2008 weit vorangekommen, auch und gerade in Europa« (28).

3. Bevor Streeck das »neohayek'sche Wirtschaftsregime« und seinen dogmatischen Marktglauben ohne eigene »Theologie« apostrophiert mitsamt der aktuellen »Dreifachkrise«: der Banken, der Staatsfinanzen, der »Realökonomie« und ihrer internen Wechselwirkung, handelt er von der staatlichen Handlungs- und Planungsfaszination. Obwohl sie eher einem anhaltenden »Pentagon Capitalism« (S. Melman) entsprach, strahlte sie während der Kennedy-Jahre und des von Verteidigungs-



minister MacNamara vertretenen PPBS (Planing Programing Budgeting System) v.a. aus auf sozialwissenschaftliche, Ende der sechziger Jahre sozialdemokratisch installierte Reformillusionen politischer Planbarkeit. Inwieweit man hier von »Frankfurter Krisentheorien« reden kann und gar in einigen Aspekten, auf Pollocks »Staatskapitalismus« zurückgreifend, Horkheimer und Adorno einbeziehen darf, bezweifle ich.<sup>2</sup> Insgesamt trifft Streecks Feststellung vor allem für Jürgen Habermas und seinen Umkreis zu, nicht für *die* Frankfurter Schule. »Märkte, Kapital und Kapitalisten kamen dagegen nicht vor, und an die Stelle von politischer Ökonomie oder sie jedenfalls erweiternd traten Demokratie- und Kommunikationstheorie« (41).

4. Der eigene Beitrag Streecks besteht zunächst darin, dass er die »Kapitalseite« nicht abstrakt als ein »System« betrachtet, zu dem ihrerseits abstrakt »die Lebenswelt«, eine andere »Entität«, prekär und gefährdet, hinzukäme. Vielmehr ist die Kritik der politischen Ökonomie mit einer gleichursprünglichen Kritik der politischen Soziologie zu verbinden, um Marx' Einsicht ins Kapitalverhältnis als einem sozialen begrifflich und empirisch zu entsprechen. Auch fundamental kapitalkritische Ansätze tendieren oft dazu, »ökonomistisch« diese Doppelung in der Kapitaleinheit zu vergessen. »Während sich die Massenloyalität der Arbeit- und Konsumnehmer gegenüber dem Nachkriegskapitalismus als stabil erwies, galt dasselbe keineswegs für die Kapitalseite. Das Problem der Frankfurter Krisentheorien der 1970er Jahre war, dass sie dieser keinerlei Intentionalität und Strategiefähigkeit zubilligten, weil sie das Kapital als Apparat [oder ›System‹, WDN] und nicht als Agentur, als Produktionsmittel statt als Klasse behandelten« (43f). Dieser Feststellung folgt die den Rest der Abhandlung dirigierende These: »Tatsächlich ist die Geschichte des Kapitalismus nach den siebziger Jahren [...] eine Geschichte des Ausbruchs des Kapitals aus einer sozialen Regulierung, die ihm nach 1945 aufgezwungen worden ist, die es aber selber nie gewollt hatte« (45). »Das Kapital« erscheint [...] als eigensinniger und eigen-nütziger, interessierter und strategischer, kommunikationsfähiger, aber nur begrenzt berechenbarer kollektiver Akteur, der [...] seiner Unzufriedenheit Ausdruck verleihen kann« (47). Darum vertritt der mir nominell seit langem bekannte, persönlich jedoch nicht vertraute Streeck eine dem Anschein nach perverse Politikwissenschaft. »Für eine politische Ökonomie, in der das Kapital als Akteur und nicht als Maschinenpark erscheint, ist das ›Funktionieren‹ der ›Wirtschaft‹, sind vor allem Wachstum und Vollbeschäftigung nur scheinbar technisch, in Wahrheit aber politisch bedingt. Hier liegt der Unterschied zu einem technokratischen Krisenbegriff [...]. Die Abwesenheit von Wirtschaftskrisen bedeutet Zufriedenheit, ihr Eintreten dagegen Unzufriedenheit des Kapitals [...]. Wirtschaftskrisen im Kapitalismus resultieren aus Vertrauenskrisen auf Seiten des Kapitals« (49). Nicht eine Revolution wachsender Erwartungen ›von unten‹, wie es die positionell hoch besetzte Trilateral Commission während der 70er Jahre wollte (siehe Offe 1980), vielmehr die enttäuschten Erwartungen des Kapitals sorgten dafür, dass »das Nachkriegsregime des demokratischen Kapitalismus« kriselte und auf Deregulierung und Privatisierung drängte. Die allseitige Kommer-

2 Zu Adorno insgesamt siehe die treffliche Studie von Braunstein 2011 sowie die Rezension von Franz Heilgendorff in: *Argument* 304/2013, 754f.

zialisierung erforderte »nur« den staatlichen Flankenschutz in Form »gekaufter Zeit« qua inflationärer Geldpolitik samt sozialstaatlichen Kürzungen (53ff). Zur zunehmenden Staatsverschuldung gesellte sich im Sinne von Kants »ungeselliger Geselligkeit« ineins mit der Enthemmung der Kapitalmärkte das, was Colin Crouch als »privatisierten Keynesianismus« bezeichnet hat (68). Die ineinander verfließende Zunahme an Staats- und Privatverschuldung signalisiert staatlicherseits eine Dämmerung des Neoliberalismus. Streeck formuliert zu früh und trotz »Logik« im Irrealis: »An dieser Stelle wäre die neoliberale Reform dann an ihr logisches Ende gekommen« (70). Zurecht stellt er jedoch fest: »Seit 2008 stehen die Staaten mehr oder weniger ratlos vor der Aufgabe, das Trümmerfeld der Finanzkrise aufzuräumen und irgendeine Art von Ordnung wiederherzustellen« (70), eine »Ordnung«, die nicht mehr erkennen lässt, »was Staat ist und was Markt und ob die Staaten die Banken verstaatlicht oder die Banken den Staat privatisiert haben« (72). Hier übernimmt Streeck Kassandras Rolle: »Wenn nicht noch ein Wachstumswunder geschieht, wird der Kapitalismus der Zukunft ohne die Friedensformel eines auf Pump finanzierten Konsumerismus auskommen müssen. Die Utopie des gegenwärtigen Krisenmanagements ist denn auch die mit politischen Mitteln betriebene Vollendung der schon weit vorangekommenen Entpolitisierung der politischen Ökonomie, zementiert in reorganisierten Nationalstaaten unter der Kontrolle internationaler, gegen politische Beteiligung isolierter Regierungs- und Finanzdiplomatie« (78).

5. Streecks Diagnose hat das Spektrum möglicher politischer Therapien bis zum Nichts-geht-mehr verkürzt. Es etablierte sich ein »Kapitalismus ohne Demokratie«, denn in den USA sei »die Übernahme des Regierungsapparats durch die Finanzgiganten der Wall Street heute fast perfekt« (217). »Am Anfang des 21. Jahrhunderts vertraut das Kapital darauf, sich als deregulierte Finanzindustrie nach eigenem Gusto selbst organisieren zu können [...]. Das einzige, was es von der Politik noch erwartet, ist die Kapitulation vor dem Markt durch Ausschaltung der sozialen Demokratie als wirtschaftlicher Macht« (218). Auf der anderen Seite scheint Streeck auf fundamentale Opposition ohne Perspektive zu setzen – »das Unvernünftige [könnte] das einzig Vernünftige sein«. Seine – mir sehr sympathischen – Gewährleute sind Stéphane Hessel (»Empört Euch!«) oder David Graeber mit seiner geschichtslangen Begründung *Schuldscheine* sein zu lassen, nach dem demokratisch korrekten Motto: »Demokratien sind zu allererst ihren Bürgern verpflichtet« (221). So überraschen die Schlussätze des phänomenologischen Überblicks über die letzten fünfzig Jahre des kapitalistischen Westens mit demokratischem Firmis nicht, sie mögen stattdessen entzücken: »Aber eine gesteigerte Reizbarkeit und Unberechenbarkeit der Staatsvölker – ein sich ausbreitendes Gefühl für die tiefe Absurdität der Markt- und Geldkultur und die groteske Überzogenheit ihrer Ansprüche gegen die Lebenswelt – wäre immerhin eine soziale Tatsache. Sie könnte als ›Psychologie‹ der Bürger neben die Märkte treten und wie diese Berücksichtigung verlangen. Schließlich können Bürger ebenso in ›Panik‹ verfallen und ›irrational‹ reagieren wie Finanzinvestoren, vorausgesetzt, dass sie sich nicht auf mehr ›Vernunft‹ verpflichten als diese, auch wenn ihnen als Argumente nicht Geldscheine zur Verfügung stehen, sondern nur Worte und, vielleicht, Pflastersteine« (223).



6. Am »vorläufigen Endpunkt der neoliberalen Transformation des Nachkriegskapitalismus« kommt Streeck auf die Folgen des »Marktfanatismus«, seine fortschreitende Dissoziation, seine Klassen markierende Enteignung und seine expertokratische Zentralisierung in EU-Europa zurück. Gegen den »Totalitarismus eines einheitlichen Marktes« (247) plädiert er im Sinne einer »realistischen kollektiven Alternative« dafür, die Staaten der EU sollten sich gegen die »ihnen vom Markt abverlangte folgsame Selbstkommodifizierung« auf ihre nationalstaatlichen Möglichkeiten rückbesinnen und ihr Konnexmonopol (zu dem der Gewalt und des Rechts), nämlich die eigene Regulierung des Geldmarkts mit politisch steuerndem Interesse erneut in Anspruch nehmen. Nur mit der »Abschaffung des Euro in seiner gegenwärtigen Form«, auf der gesamteuropäischen Ebene einem Analogon von »Bretton Woods«, seien die europäischen Staaten, die BRD inklusive, in der Lage, ihren demokratischen und sozialen Ausverkauf durch neu alte Schließungen zu stoppen. Dazu sei ein langer, die europäischen Länder in ihrer Pluralität respektierender Prozess vonnöten. Ein »Ausstieg aus der Einheitswährung« erlaube sowohl, die nationalstaatlichen Demokratien zu sichern und weiter zu entwickeln. Er erlaube auch »einen Einstieg in eine Politik der Grenzziehung gegenüber der sogenannten ›Globalisierung‹« (254). Einen neuen Nationalismus müsse man nicht befürchten. »In Westeuropa von heute«, so Streecks letzte Versicherung, »ist nicht mehr der Nationalismus die größte Gefahr, schon gar nicht der deutsche, sondern der hayekianische Marktliberalismus.« (256)

7. Die Vorstellung von Streecks »gekaufter« und wie sich zeigte verlorener »Zeit« schroff abschließende und zugleich aufschließende Problematisierung: Zur Zeit, da ich dies schreibe, hat eben die Handelskonferenz der WTO (World Trade Organisation) in Bali stattgefunden, hat sich die BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) in Basel zu den Staatsanleihen und dem sich vergrößernden Markt der Unternehmensanleihen geäußert, dazu Olli Rehn, EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung; China hat in Shanghai eine Freihandelszone eröffnet, die BRD und die EU sind freihandelszönig aktuell in Verhandlungen mit den USA; keine prinzipiellen Einwände, eher nur Nebensächlichkeiten hemmen noch. Usw., usf. Trügt nicht die finanzpolitische Vielgeschäftigkeit an vielen Weltecken und -enden, dann geht alles so weiter, Ungleichheiten mehrend im Interesse von transnationalen Konzernen und expertokratischen Funktions- und Einkommenseliten. »Dass es ›so weiter‹ geht, ist die Katastrophe«, heißt es bei Walter Benjamin (GS V, 592). Seine Diagnose wird weltweit auf dem neuesten Stand bestätigt. Streecks teilweise karätig blitzende Analyse wird in der Alltagsreligion der fadenscheinigen ökonomischen Theologen untergehen. Diese genobelten, blasphemischen Religionslehrer, versehen mit dem Psychopharmakon »Wissenschaft« und selbstredend staatsgefördert, tragen ihrerseits dazu bei, dass die Nacktheit, die Brutalität und der mehrfache Raubbau zusammen mit den systemischen Krisen und ihren humanen, dazuhin Umwelt samt Klima betreffenden Kosten verdeckt, kostümiert und verschoben werden.

Streecks unterschiedlich dichter Essay leidet freilich an einer Reihe von Verkürzungen und Lücken. Diese haben zur Folge, dass er, selbst wenn man von ihm nicht falsch und unvermittelt Handlungsorientierung verlangte, schon analytisch in die

Irre führt. Methodisch geht er – nicht im philosophischen Sinn – phänomenologisch vor. Er entwickelt seine analytisch gespitzten Begriffe weder dem von ihm aus gutem Grund geschätzten Karl Polanyi gemäß in der Auseinandersetzung mit aktuellen, historisch eingebetteten Ereignissen (vgl. Polanyi 2002)<sup>3</sup>, noch wählt er Marx' Systematik. Er apostrophiert ihn nur ab und an. Eine der Folgen bis zu den Schlussüberlegungen begrenzter nationalstaatlicher Schließung besteht darin, dass er die verständlicher Weise auch begrifflich nicht geschätzte »Globalisierung« viel zu wenig berücksichtigt. Als wäre nicht die EU spätestens seit Maastricht 1992, zeitgemäß formuliert, von der »Gier« her zu erklären, weltmarktmächtig zu werden. Während vor allem die Hauptländer der EU »die Tyrannei des Nationalen« in harter Aus- und Eingrenzung praktizieren (Noiriel 1994), sind sie darüber hinaus in einem Ausmaß neokolonial aktiv, dass Streecks Lücke seine Studie borniert (und blamiert). Es ist heute schlicht illusionär, einen gezielten Abschied von weltwirtschaftlichen, nicht zuletzt finanzökonomischen Zusammenhängen und ihren Wechselwirkungen auch nur minimal für chancenreich zu erachten.<sup>4</sup> Die immanente und die radikal demokratisch-sozialistische Kritik an den nicht einmal mehr verhimmelt zu nennenden »europäischen Werten« und ihrer neoimperialen, die eigensinnige europäische Vielfalt zerstörenden Folgen kann nicht scharf genug ausfallen. Nur ist diese Kritik weltweit entfernt vom nationalistischen, besitzbürgerlichen Bramarbasieren, das in der BRD bis in die regierenden Etagen Anhänger findet. Streecks erheblichster Mangel liegt m.E. in einem vagen Reden vom »Staat« und trotz trefflicher soziologischer Ansätze in seinem »Markt«-Nichtbegriff: »Den« Markt behandelt er ebenso als eine Entität.<sup>5</sup> Damit hängt zusammen, dass Streeck einen »demokratischen Kapitalismus« nicht nur für möglich hält. Er projiziert eine solche Kentauerngestalt historisch in die europäisch-angelsächsische Nachkriegszeit bis Mitte der 70er Jahre, bis zu der von Reagan, Thatcher und anderen in Angriff genommenen »Wende«. Eine etwas genauere Erinnerung an den »Alt«-Liberalismus, an Hobbes, Locke und andere mehr hätte ihn von MacPhersons Besitzindividualismus über Hannah Arendts Imperialismus- und Hobbes-Interpretation bis Albert O. Hirschmans *Leidenschaft und Interessen*, von Marx »Judenfrage« und danach nicht zu reden, darüber informieren können, dass schon in den Hochzeiten des (Alt-) Liberalismus – man lese nur die *Federalist* und *Anti-Federalist Papers* als Einführung in die Verfassung der USA – von Demokratie nicht die Rede sein konnte. Was »repräsentativ« während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts übrig blieb, hat Joseph A. Schumpeter als das bezeichnet, was »Demokratie«, dann verspätet im »Grundgesetz« der BRD, bestenfalls ist: Eine periodisch auf Dauer gestellte, legitimationsdünne Elitezirkulation als Sicherheitsklammer und Schlagobers kapi-

3 Siehe dort den einleitenden Aufsatz der Hg.: »Marktgemeinschaft und Demokratie« und z.B. Polanyis Aufsatz »Zur wirtschaftlichen Neuordnung Europas«, 110ff.

4 Vgl. kennzeichnet nicht nur die Logik der Abstraktion des Finanzkapitals und schon darum ihre antihumane Freiheit zutreffend. Er weist mit Minsky u.a. auf deren Definitionsmacht hin (vgl. 2010/11, 162 und passim).

5 Von Marx und anders von Polanyi nicht zu reden. Siehe neuerdings, wenngleich systemisch zu affirmativ, Strange 1988 und Self 2000.



talistisch entgrenzter, a-politisch atomisierter Politik-Ökonomie. Auch sie kann nicht mehr funktionieren, kümmert man sich um die heutigen Größenordnungen und die gegebene Komplexität der Probleme. Die Freiheit der konkurrierenden Interessen sollte gerade im weiten Rahmen staatlicher Rechts- und Gewaltsicherheit nicht verfasst werden. Abgesehen von den nicht nur beiläufigen historischen Reminiszenzen, die von vornherein die systemische Ungleichheit der bestenfalls wahrrechtlich gleichen Demokratie garantierten, könnte unter den gegenwärtigen kapitalistischen Bedingungen eine nur halbwegs ernst genommene repräsentative Demokratie nicht gelingen. Auch darum ist Streecks Schwäche eines empirisch-historisch fundierten Staats- und Demokratieverständnisses selbst dort desaströs, wo man ihm, wie ich, zustimmen möchte. Wir, die wir Demokratie nicht nur als »symbolic use of politics« (Murray Edelman) wollen, müssen darum, dem nur gefügelt gebliebenen Wort Willy Brandts 1969 nicht entsprechend, mehr Politik und mehr Demokratie »wagen«. Das könnte jedoch nur bei anhaltend betriebener radikaler Kapitalismuskritik gelingen, die Streeck schuldig bleibt. Solcher Kritik entsprechend hätten demokratische Verfahren dezentral lokal, regional unter klassenlosen Bürgerinnen und Bürgern praktisch im täglichen Lernen zu beginnen (das bedeutete dann Bergsons »plébiscite de tous les jours«, eine nicht formlose »multitude«). Als nötig erprobte Prozeduren, heute als »Staat« gewaltheckend von oben abgekapselt und marktentgrenzt als Garant furioser Erhaltung und Mehrung von Ungleichheit gewährleistet, hätten praktisch in *einer* Verfassung zu funktionieren. Anders können keine Verhaltensweisen, habitus, frei und gleich geübt werden, die gegenwärtige, nur abstrakte Menschenrechte und behauptete Demokratie zum allgemein geteilten Spaß machen könnten, um von dem wunderbar formulierten Beginn der Enzyklika des Papstes Franciscus, Herbst 2013, ungläubig zu klauen.

### Literatur

- Benjamin, Walter, *Das Passagen-Werk*, GS V, hgg. v. R.Tiedemann, Frankfurt/M 1991
- Braunstein, Dirk, *Adornos Kritik der Politischen Ökonomie*, Bielefeld 2011
- Noiriél, Gérard, *Die Tyrannei des Nationalen. Sozialgeschichte des Asylrechts in Europa*, Lüneburg 1994
- Offe, Claus, »Unregierbarkeit«. Zur Renaissance konservativer Krisentheorien«, in: Habermas, Jürgen (Hg.), *Stichworte zur »Geistigen Situation der Zeit«*, I. Bd.: Nation und Republik, Frankfurt/M 1980, 294-318
- Polanyi, Karl, *Chronik der großen Transformation. Artikel und Aufsätze (1920-1945)*, Bd. 1: *Wirtschaftliche Transformation, Gegenbewegungen und der Kampf um die Demokratie*, hgg. v. Michele Cangiani u. Claus Thomasberger, Marburg 2002
- Self, Peter, *Rolling Back the Market. Economic Dogma & Political Choice*, New York 2000
- Strange, Susan, *States and Markets. An Introduction to International Political Economy*, New York 1988
- Vogl, Joseph, *Das Gespenst des Kapitals*, Zürich 2010/2011